

**Positionspapier der Initiative 2 °C des Cusanuswerks¹
zur UN-Klimakonferenz in Kopenhagen**

Für einen globalen Bund in Solidarität und Nachhaltigkeit

Hintergrund-Papier

Ziele und Instrumente einer gerechten Klimapolitik

„Die Macht des Menschen über die Natur erweist sich als eine Macht, die einige Menschen über andere ausüben, mit der Natur als ihr Instrument.“

(C.S. Lewis)

Der Klimawandel ist ein Symptom der Lebensweise unserer Gesellschaft. Das Trachten nach schnellem materiellem Wohlstand ist verbunden mit einem enormen Rohstoff- und Flächenverbrauch, der zahlreiche Lebewesen und Ökosysteme immer mehr verdrängt und ihnen ihre Lebensgrundlage entzieht. Seit Jahrzehnten entnehmen wir der Erde fossile Energieträger und verbrennen in einem Jahr Ressourcen, die in Millionen von Jahren entstanden sind. Dabei wissen wir nicht, wie lange die Erde das noch verträgt oder ob wir die Grenzen ihrer Belastbarkeit schon überschritten haben. Trotzdem haben wir nur selten die Konsequenzen unseres Handelns im Auge.

Die negativen Folgen unserer ausbeuterischen und nicht-nachhaltigen Lebensweise müssen dabei meist die Menschen tragen, die kaum die Möglichkeit haben, sich dagegen zur Wehr zu setzen und ihre Rechte einzufordern: Menschen in ärmeren Ländern, die selten die wirtschaftlichen Mittel besitzen, sich an den Klimawandel anzupassen; und die nachfolgenden Generationen, denen wir eine um fossile Rohstoffe geplünderte, durch unsere Lebensweise verschmutzte und beschädigte und um viele Arten ärmere Erde hinterlassen. Die Leidtragenden sind aber auch die anderen Lebewesen, die unsere Erde bewohnen. Sie sind von unserem falschen Umgang mit der Natur massiv betroffen.

So kann und darf es nicht weitergehen! Wir fordern deshalb ein konsequentes Umdenken. In wenigen Wochen werden sich die Staats- und Regierungschefs der Länder dieser Welt in Kopenhagen treffen, um über ein Nachfolge-Abkommen für das Kyoto-Protokoll zu verhandeln – es muss dort unbedingt die Chance ergriffen werden, die Weichen für eine bessere und gerechtere Zukunft zu stellen. Wir halten die bisher unternommenen Schritte im Kampf gegen die Zerstörung der Umwelt, die unser Lebensraum ist, für zu zaghaft. Dieses Positionspapier kann und will Leitfaden für eine nachhaltige und zukunftssträchtige, nationale, internationale und globale Umweltpolitik sein.

¹ Die Bischöfliche Studienförderung Cusanuswerk e. V. mit Sitz in Bonn ist eines der elf Begabtenförderungswerke in Deutschland. Verfasser dieses Dokuments sind aktuelle und ehemalige Stipendiaten: Julian Culp, Thorsten Eßeling, Jonas Hagedorn, Katharina Högner, Matthias Kalkuhl, Clemens Kienzler, Pascal Pulsfuß, Christian Weiß, Julian Wolters.

1 Motivation aus dem christlichen Glauben

Schöpfungsverantwortung

Schöpfungsglaube bedeutet für Christen², behutsam mit der Welt umzugehen. Den sogenannten „Herrschaftsauftrag“ in Gen 1,26, „*Macht euch die Erde untertan*“, verstehen wir nicht als Auftrag zu gedankenlosem Konsum und ausbeutender Produktion, sondern als Aufforderung zu einem Herrschen in Verantwortung. Die Erde ist uns nicht geschenkt, um Raubbau daran zu betreiben. Vielmehr ist unser Leitbild die Vorstellung der Obhut, des Bewahrens von etwas Geliehenem.

Gott hat den Menschen nach seinem Bild gemacht (vergleiche Gen 1,26). Damit wird jeder Mensch zum Partner Gottes mit eigener Würde, der von Gott in die Verantwortung für die Schöpfung genommen wird. Der besonderen Freiheit des Menschen ist damit die Pflicht gegeben, für das Übertragene zu sorgen. Der Mensch ist somit „Gärtner“ der Schöpfung: „*Gott, der Herr, nahm also den Menschen und setzte ihn in den Garten von Eden, damit er ihn bebaue und hüte.*“ (Gen 2,15) Auf heutige Herausforderungen übertragen bedeutet dies, dass ein stabiles Klima und die Erhaltung der Vielfalt der Arten integraler Bestandteil des Auftrags sind, die Erde als Lebensraum aller Geschöpfe zu pflegen.

Solidarität und Gerechtigkeit

Im Fokus christlichen Handelns muss die Solidarität mit den Benachteiligten stehen (vergleiche zum Beispiel Mt 25,40). Eine „Option für die Armen“ beinhaltet die Bewusstmachung und Berücksichtigung der Interessen der Ärmsten. Denn gerade die, die den geringsten Anteil an den Ursachen des anthropogenen Klimawandels verantworten müssen, haben geringe Möglichkeiten, sich auf ein verändertes Klima einzustellen. Gerade da die Verursacher der Klimaerwärmung und ihre Leidtragenden nicht identisch sind, ist es auch eine Frage der Gerechtigkeit, Schäden für die Opfer von Klimaveränderungen zu begrenzen und ihnen im Umgang damit beizustehen.

Die Heilsbotschaft Jesu – das heißt seine Botschaft vom Reich Gottes – beinhaltet ein gerechtes und solidarisches Miteinander, das für die Kirche als Gemeinschaft von Menschen, die auf die eine oder andere Weise das Reich Gottes zu realisieren suchen, elementar ist. Wir Christen haben aus dem Glauben eine besondere Verantwortung für Mitmenschen und Umwelt, auch für zukünftige Generationen. Deshalb darf unser Leben auf der Erde nicht ohne Beachtung der Lasten für kommende Generationen bleiben. Stattdessen müssen zukünftige Interessen bedacht und durch nachhaltiges Handeln berücksichtigt werden.

Wenn aus dem Streben nach Gerechtigkeit allerdings ein kleinliches Gegenrechnen wird, das die am wenigsten Begünstigten zusätzlich benachteiligt, dann ist ein Eintreten für Ehrlichkeit und Solidarität mit den Schwachen notwendig.

Rahmenbedingungen für eine nachhaltig lebende Gesellschaft

In einer Welt, die sich dem Paradigma des unbegrenzten Wachstums verschrieben hat, stoßen wir durch endliche Ressourcen und auch durch die immer rascher anwachsende Bevölkerung an die Grenzen. Eine Übertragung des westlichen Lebensstils auf alle Menschen wäre zwar nur gerecht, ist aber wegen der Begrenztheit der Ressourcen nicht leistbar. Deshalb müssen wir Menschen der globalen Mittel- und Oberschicht letztlich Lebensstile anstreben, vielleicht auch wieder neu erlernen, die im Einklang mit allen Lebewesen der Erde sind und allen Menschen ein würdiges Leben ermöglichen.

Wir fordern engagiertes Handeln aller Menschen, besonders aber aller Christen, um die Erde als Lebensraum für die Menschen und für Flora und Fauna langfristig zu erhalten. „*Lebt nicht wie Unwissende, sondern wie*

² Zur besseren Lesbarkeit verwenden wir im Folgenden das generische Maskulin für Bezeichnungen, die Frauen als auch Männer einschließen.

Menschen, die wissen worauf es ankommt“ (Eph 5, 15). Mitverantwortung des Einzelnen muss ebenso Kern des Handelns sein, wie es Verpflichtungen und Abkommen korporativer Akteure geben muss. Auch Veränderungen kultureller Gewohnheiten, rechtliche Regeln für die Wirtschaft und eine globale Ordnung, um die Schöpfung zu erhalten, sind unerlässlich.

2 Die Erderwärmung auf 2 °C begrenzen

Das Klima hat sich bereits durch die menschliche Lebens- und Wirtschaftsweise verändert. Seit der Industrialisierung ist die globale Durchschnittstemperatur um über 0,7 °C angestiegen. Bei einem „Weiter so“ kann sich die Zunahme im Laufe dieses Jahrhunderts auf über 5 °C erhöhen. Dies zöge katastrophale Folgen für Menschen und Ökosysteme nach sich: Ein steigender Meeresspiegel, eine Zunahme von Wetterextremen, Epidemien sowie Wasser- und Nahrungsmittelknappheit. Der Stern-Report (Stern Review on the Economics of Climate Change) hat diese Schäden auf 5-20 % des weltweiten Bruttosozialproduktes geschätzt. Die Auswirkungen werden dabei zuerst und am massivsten die Ärmsten treffen. Desweiteren droht der unwiederbringliche Verlust der Artenvielfalt und damit eine Destabilisierung zahlreicher Ökosysteme. All dies gefährdet nicht nur die langfristigen Grundlagen für ein friedliches Zusammenleben auf unserem Planeten, sondern widerstrebt auch unseren ethischen Überzeugungen von einem solidarischen Umgang mit den Ressourcen dieser Erde, bei dem sich nicht die Stärkeren zulasten der Schwächeren bereichern.

Ein veränderter Umgang mit der Umwelt muss insbesondere die negativen Konsequenzen für die Entwicklungsländer abmildern, die von einem globalen Temperaturanstieg am stärksten betroffen sind. Es ist daher auch eine Frage der Gerechtigkeit, dass sich vor allem die reichen Nationen um eine Begrenzung des Temperaturanstiegs bemühen, um so die negativen Folgen für die ärmeren Länder abzumildern. Die Entwicklungsländer haben deutlich weniger zum anthropogenen Klimawandel beigetragen, als die Industriestaaten, welche in den letzten Jahrzehnten eine hohe Kohlenstoffschuld auf sich geladen haben. Während ein Deutscher oder ein US-Amerikaner durchschnittlich 10 beziehungsweise 20 Tonnen CO₂ im Jahr emittiert, liegen die jährlichen Pro-Kopf-Emissionen vieler afrikanischer Staaten unter einer Tonne CO₂. In Kenia sind es sogar nur 0,3 Tonnen CO₂.

Wie stark sich das Klima in der Zukunft noch verändern wird, ist abhängig von unserer weiteren Lebensweise. Der Temperaturanstieg muss auf maximal 2 °C gegenüber dem vorindustriellen Wert begrenzt werden, damit die Ausmaße des Klimawandels kontrollierbar und überschaubar sind und katastrophale Folgen vermieden werden. Dieses Temperaturziel basiert auf den Einschätzungen über die Risiken des ungebremsten Klimawandels durch zahlreiche Natur-, Geo- und Wirtschaftswissenschaftler, die auch in die Sachstandsberichte des UN-Weltklimarates (IPCC) sowie in den Stern-Report Eingang gefunden haben. Eine Temperaturerhöhung um 2 °C wurde vom „Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen“ (WBGU) als Maximalwert für eine kontrollierbare Klimaerwärmung gefordert sowie von der EU als politisches Klimaschutzziel formuliert. Zahlreiche ökonomische Analysen haben gezeigt, dass die Begrenzung der Temperaturerwärmung auf 2 °C noch möglich ist ohne dabei auf einen angemessenen Wohlstand verzichten zu müssen und Entwicklungsländer in ihren Wachstumsmöglichkeiten massiv zu beschränken.

Der Zerstörung unserer langfristigen Lebensgrundlagen zum Zwecke kurzfristiger Wohlstandsmaximierung muss dringend Einhalt geboten werden. Daher ist ein schnelles und entschlossenes Handeln aller Länder ohne Kompromisse notwendig.

3 Grundlagen einer nachhaltigen und gerechten Klima- und Energiepolitik

Um die Erderwärmung wirkungsvoll zu begrenzen, ist global ein drastischer Rückgang der Emissionen von Treibhausgasen nötig. Dies betrifft vor allem Kohlendioxid (CO₂), Methan und Stickoxide. Da über die Hälfte der klimawirksamen Emissionen aus der Verbrennung fossiler Energieträger stammt, muss eine Entkopplung des fossilen Rohstoffverbrauchs vom Wachstum der Wirtschaft erfolgen. Die restlichen Emissionen – überwiegend aus Landwirtschaft und veränderter Landnutzung inklusive Abholzung – entstammen menschlicher Eingriffe in Ökosysteme. Weil sich deren Dynamik grundlegend von der „fossiler Emissionen“³ unterscheidet, müssen für beide Ursachenkomplexe differenzierte Maßnahmen ergriffen werden.

3.1 Ausstieg aus der fossilen Energienutzung

In der Erdkruste lagern über 11.000 Gigatonnen an fossilem Kohlenstoff in Form von Kohle, Erdgas und Erdöl. Um das 2 °C-Ziel erreichen zu können, dürfen allerdings in diesem Jahrhundert nur noch circa 230 Gigatonnen fossiler Kohlenstoff in die Atmosphäre emittiert werden. Im Vergleich zu deren Aufnahmefähigkeit sind vor allem die Kohlevorkommen riesig. Auch wenn die Förderung konventionellen Erdöls nahe am Maximum zu sein scheint, wird „Peak Oil“ nicht von allein für einen Rückgang von Emissionen sorgen. Kohle ist weltweit verfügbar und billig abbaubar; durch Kohleverflüssigung könnte Öl im Transportsektor größtenteils ersetzt werden – mit immensen Folgen für das Klima.

Ein Kyoto-Nachfolge-Abkommen muss die Verbrennung fossiler Energieträger daher *global* beschränken und langfristig zum Aufbau einer Wirtschaft führen, die ohne fossile Energieträger auskommt. Dies ist prinzipiell an drei Schaltstellen möglich:

1. Verringerung der CO₂-Emissionen bei der Energieerzeugung, beispielsweise durch vermehrten Einsatz regenerativer Energien und vorübergehende Nutzung emissionsarmer konventioneller Kraftwerke
2. Verringerung des Energieverbrauchs durch Erhöhung der Energieeffizienz von Elektrogeräten, Kraftfahrzeugen, industriellen Anlagen und Gebäuden
3. Verringerung des Konsums vor allem von energieintensiven Gütern und Dienstleistungen

Ein hoher Preis auf Emissionen bewirkt Einsparungseffekte auf allen drei Ebenen. Durch die Verteuerung fossiler Energienutzung macht er regenerative Energien wettbewerbsfähig. Weil damit auch der Energiepreis steigt, lohnen sich Investitionen und Innovationen, die zu einer besseren Nutzung von Energie führen. Besonders energieintensive Güter und Dienstleistungen werden teurer und dadurch weniger nachgefragt. Ein Kernelement wirksamer und effizienter Klimapolitik muss daher die Etablierung eines hohen Preises für Emissionen sein, der ausnahmslos für den fossilen Rohstoffverbrauch aller Wirtschaftssektoren gilt.

Eine Emissionssteuer kann zwar die Emissionen verringern, doch ist im Vorfeld nicht abzusehen, wie stark diese Reduktionen ausfallen werden. Weil wir uns nun aber schon bedrohlich nahe am Konzentrationsmaximum für eine 2 °C-Erhöhung befinden, müssen die Emissionen global begrenzt werden.

³ Wir bezeichnen im Folgenden mit „fossilen Emissionen“ die Emissionen, die aus der Verbrennung fossiler Energieträger entstehen.

Dies kann nur durch einen Zertifikatehandel gelingen, der die Gesamtmenge für Emissionen im Einklang mit dem 2 °C-Ziel verbindlich festlegt. Dieses globale Budget kann auf die einzelnen Nationen gerecht aufgeteilt werden (mehr dazu unter Abschnitt 4.1).

Neben einem hohen Preis für Emissionen bedarf es zahlreicher staatlicher Maßnahmen zum Umbau der Infrastruktur – von Stromleitungen über Transport- und Verkehrswegen bis hin zu energiesparender Städteplanung und Gebäudebau.

Wir sprechen uns gegen eine „atomenergetische Aufrüstung“ als eine vermeintlich billige Alternative zum Kohlestrom aus. Die sozialen Kosten der Atomenergie sind um ein Vielfaches höher. Während Unternehmen mit der Atomenergie hohe Gewinne erzielen, wird das Risiko katastrophaler Unfälle größtenteils von der gesamten Gesellschaft getragen. Eine Klärung der Endlagerfrage ist nicht absehbar und durch die unsichere Zwischen- und Endlagerung werden nachfolgenden Generationen erhebliche ökologische und wirtschaftliche Lasten auferlegt. Zudem kann eine Verbreiterung der Nutzung von Atomenergie auf globaler Ebene die Bemühungen um die Schaffung einer atomwaffenfreien Welt gefährden.

Eine nachhaltige Energieversorgung muss zu 100 Prozent aus regenerativen Energien bestehen, welche letztlich ihren Ursprung in der Sonne (Solar-, Wind- und Wasserkraft), der Gravitation (Mondumlaufbahn und Gezeiten) und der Erdwärme (Geothermie) haben. Mittelfristig könnten hauptsächlich emissionsarme Gas- und Dampfkraftwerke genutzt werden, die vor allem wegen ihrer Flexibilität auch besser mit dem zeitlich variablen Angebot der regenerativen Energieträger harmonisieren, als Kohle- und Atomstrom.

3.2 Die Ökosysteme ins Gleichgewicht bringen

Die Dekarbonisierung unserer Wirtschaft stellt den ersten notwendigen Schritt hin zu einem ambitionierten Klimaschutz dar. Allerdings entstehen weitere Emissionen durch den großskaligen Eingriff des Menschen in Ökosysteme, beispielsweise durch die Abholzung und Verbrennung von Wäldern (fast 20 % der globalen Treibhausgasemissionen), durch die industrialisierte Landwirtschaft oder die massenhafte Nutztierhaltung. Hier müssen gesonderte Maßnahmen getroffen werden, die den verschiedenen Funktionen von Ökosystemen gerecht werden. Die Bepreisung von Emissionen ist dabei ein mögliches Instrument. In vielen Fällen sind allerdings die Emissionen nicht messbar oder es fehlen gar die institutionellen Rahmenbedingungen für die Messung. Wir halten es daher nicht für sinnvoll, Einsparungen in diesem Bereich mit dem Zertifikatehandel für fossile Emissionen zu verrechnen. Zum einen hätte eine falsche Quantifizierung der Emissionen erhebliche Konsequenzen für den Waldschutz und die Landwirtschaft. Zum anderen würde der Umbau des Energiesystems durch Maßnahmen verzögert, die nur begrenztes Potenzial haben. Es müssen also in beiden Bereichen gleichermaßen Reduktionen vorgenommen werden. Nur weil Wiederaufforstung Emissionen vermindert, darf deshalb nicht mehr Kohle genutzt werden; umgekehrt können Emissionen des Flugverkehrs langfristig nicht sinnvoll durch Wiederaufforstungsprogramme kompensiert werden.

Der großflächige Anbau von Pflanzen zur Energiegewinnung wie zum Beispiel im Fall von Biodiesel, muss ebenfalls ökologisch und sozial verträglich erfolgen. Wenn für deren Erzeugung weder direkt noch indirekt Wälder gerodet werden, der Anbau mit Methoden aus dem ökologischen Landbau geschieht und die fossilen Emissionen durch Maschinen, Kraftfahrzeuge und gegebenenfalls durch Düngernerzeugung korrekt bepreist sind, dann können Biokraftstoffe ein wichtiger Baustein in einer nachhaltigen Energieversorgung sein. Auf keinen Fall sollten Biokraftstoffe jedoch in Ländern angebaut werden, in denen durch ungerechte Verteilung der Ressourcen Land und Einkommen und monopolistische Wirtschaftsstrukturen zahlreiche Menschen hungern. Der Import von Biokraftstoffen aus diesen Ländern muss gestoppt werden.

3.3 Technologieförderung

Ein weiterer Eckpfeiler einer auf die Zukunft ausgerichteten Umweltpolitik muss die stetige Forschung sein. Ohne immer neue Impulse aus der Wissenschaft bleibt der Versuch, die Umweltprobleme in den Griff zu bekommen, auf der Stelle stehen. Nur durch neue Ideen und neue Technologien ist ein Voranschreiten möglich und wahrscheinlich.

Aus diesem Grund setzen wir uns für eine gezielte Technologie- und Forschungsförderung im Bereich Umwelt und Energien ein. Dabei ist es unbedingt notwendig, die technologischen Trends der Zeit zu erkennen und frühzeitig verschiedene und breit angelegte Forschungsprojekte zu ermöglichen und zu fördern. Auch wenn einzelne dieser Projekte nicht zum Erfolg führen, so ist dennoch jede Erkenntnis, die zur zukünftigen Vermeidung von Sackgassen führt, wertvoll. Nur auf diesem Weg ist eine schnelle Erforschung sicher gestellt. Als wichtige Umsetzungsmöglichkeiten sind dabei groß angelegte Forschungsprogramme, etwa in Sonderforschungsbereichen, zu nennen.

Vor der Marktreife der aus den Forschungsergebnissen erzielten technischen Neuerungen und Produkte ist eine staatliche Förderung in vielen Fällen zu empfehlen. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) in Deutschland ist ein hervorragendes Beispiel dafür, wie durch staatliche Unterstützung eine zukunftssträchtige Technologie auf ökonomisch vernünftige Weise und ohne unverhältnismäßig hohe Kosten zu einem Motor der Wirtschaft werden kann. Nicht umsonst wurde dieses Gesetz in ähnlicher Weise auch in zahlreichen anderen Staaten kopiert und erfolgreich umgesetzt.

Die Forschungsförderung sollte sich primär auf zwei Bereiche konzentrieren. Zum einen sind dies Technologien, die zu einer emissionsarmen oder sogar emissionsneutralen Energiegewinnung beitragen. Hierbei sind natürlich zuvorderst die erneuerbaren Energien zu nennen, sowohl Solar- und Windtechnik als auch weniger erprobte Bereiche wie beispielsweise die Geothermie. Da bei einigen dieser Energieträger, zum Beispiel bei solarthermischen Kraftwerken in Wüstenzonen, beträchtliche räumliche wie auch zeitliche Distanzen von der Erzeugung zum Verbrauch bestehen, müssen gleichzeitig effizientere Technologien zur Speicherung und zum Transport von Energie entwickelt werden.

Zum anderen sollte die Energieeffizienz in den Mittelpunkt gerückt werden. Diese betrifft sowohl die Seite der Produktion, etwa in der Industrie oder bei der Stromproduktion, als auch die Seite des Verbrauchs. Auch die Wärmeabgewinnung aus erneuerbaren Energien sollte dabei nicht aus dem Auge verloren werden, bietet diese doch wegen vermiedener Energie-Umwandlungsverlusten oft Effizienzvorteile gegenüber der Stromerzeugung. Durch eine gesteigerte Effizienz müssen zudem weniger Ressourcen zur Produktion eingesetzt werden. Damit einher geht ein Rückgang der bei der Produktion emittierten klimaschädlichen Gase.

Ein willkommener Nebeneffekt zukünftiger technologischer Fortschritte, die eine noch günstigere regenerative Energiegewinnung erlauben, ist die Möglichkeit, diese auch Entwicklungs- und Schwellenländern zur Verfügung zu stellen. Dadurch werden nicht nur entwicklungspolitische Zielvorstellungen erreicht. Darüber hinaus ist es dann auch leichter, diese Länder in ein Klimaabkommen zu integrieren und zum Beispiel den Bau klimaschädlicher Kohlekraftwerke oder gefährlicher Atomkraftwerke zu verhindern. So werden auf globaler Ebene zahlreiche Konflikte, die zwischen Wirtschaftswachstum und Klimaschutz zu bestehen scheinen, zumindest teilweise entschärft.

4 Unsere politischen Forderungen

4.1 Forderungen an die Verhandlungsparteien in Kopenhagen

Ein globales Emissionsbudget

Bei den Verhandlungen in Kopenhagen müssen sich alle Staaten auf die Einhaltung des 2 °C-Zieles verpflichten. Um dieses Ziel mit hoher Wahrscheinlichkeit erreichen zu können, muss die Gesamtmenge an globalen CO₂-Emissionen bis 2050 auf maximal 750 Gigatonnen begrenzt werden (WBGU 2009). Dieses globale Budget muss gerecht auf die einzelnen Nationen verteilt werden. Da die industrialisierten Nationen bisher am meisten zur Klimaerwärmung beigetragen und von der Nutzung fossiler Energie profitiert haben, müssten sie pro Kopf die meisten Emissionen vermeiden – also pro Kopf das kleinste Emissionsbudget haben. Da dies wohl kaum politisch durchsetzbar sein wird, muss die Aufteilung des Budgets so erfolgen, dass langfristig jeder Mensch die gleiche Menge CO₂ emittieren darf. Dies impliziert sehr kleine Emissionsbudgets für die industrialisierten Länder und großzügigere Budgets für Entwicklungsländer, gemessen an den heutigen Emissionen. Besonders arme Entwicklungsländer sollten erst ab dem Überschreiten eines gewissen Schwellenwertes in den Handel integriert werden und zulasten von reicheren Ländern großzügiger mit Emissionsrechten ausgestattet werden.

Die so aufgeteilten Emissionsrechte können durch einen internationalen Zertifikatemarkt gehandelt werden, was zu kostengünstigen Einsparungen an Emissionen führt. Außerdem können durch die oben geforderte Aufteilung des globalen Budgets besonders arme Entwicklungsländer durch den Verkauf von nicht benötigten Zertifikaten wichtige Investitionen in ihr Bildungs- und Gesundheitssystem, in ihre Infrastruktur und andere Projekte finanzieren, welche eine nachhaltige Entwicklung aus der Armut fördern.

Einführung eines globalen Emissionspreises

Das wichtigste Instrument zur Reduzierung von Emissionen stellt ein hoher Preis für Emissionen aus der Verbrennung fossiler Energieträger dar. Dieser muss global für alle Länder mit nennenswerten CO₂-Emissionen gelten, um sogenannte Leakage-Effekte (leakage effects), wie die Abwanderung von Industrie in Länder ohne CO₂-Preis zu vermeiden. Weiterhin muss dieser Preis für alle Sektoren gelten, also Stromerzeugung, Gebäudewärme und Verkehr inklusive Flugverkehr und Schifffahrt, um möglichst viele Innovationen und Einspareffekte zu induzieren.

Ein globaler Zertifikatemarkt führt automatisch zu einem hohen Preis von Emissionen, sofern die Zertifikatmenge kompatibel zum 2 °C-Ziel und damit entsprechend knapp bemessen ist. Die Einnahmen können zunächst den einzelnen Ländern zufallen; für den internationalen Flug- und Schiffsverkehr können auch Zertifikate von einer globalen UN-Institution ausgegeben werden.

Schaffung eines Anpassungsfonds

Auch beim Erreichen des 2 °C-Zieles wird die Erderwärmung zu Meeresspiegelanstieg und extremen Wetterereignissen führen. Vor allem ärmere Entwicklungsländer, die kaum zur globalen Erwärmung beigetragen haben, sollen in der Anpassung an diesen „Restklimawandel“ finanziell unterstützt werden. Die UN könnte einen speziellen Fond für Anpassungsmaßnahmen verwalten, der durch Mitgliederbeiträge oder auch Zertifikatverkäufe durch die UN finanziert wird.

Verstärkte internationale Zusammenarbeit

Die internationale Staatengemeinschaft muss in Zukunft viel enger zusammenarbeiten. Grundsätzlich muss ein globaler politischer Rahmen für die Verwaltung globaler öffentlicher Güter geschaffen werden. Ein stabiles Klima ist dabei nur ein Beispiel für solch ein öffentliches Gut, von dem alle Staaten profitieren, ohne dass sie alleine dieses Gut „bereitstellen“ könnten. Der Erhalt der tropischen Regenwälder, der Artenvielfalt und der Fischbestände sind andere Beispiele. Die Klima- und die Finanzkrise zeigen, dass Märkte sich nicht

zwangsläufig selbst regulieren und einzelne Regierungen unter dem Druck des globalen Standortwettbewerbes notwendige Rahmenbedingungen nicht erfolgreich setzen können. Wirtschaft und Handel in einer globalisierten Welt kann nur innerhalb globaler Rahmenbedingungen erfolgen, die ein Funktionieren des Weltmarktes sicherstellen und einen Raum zur Klärung grundsätzlicher Verteilungsfragen bieten.

Auch im Bereich der Wissenschaft ist eine globale Zusammenarbeit erforderlich, wie sie im UN-Weltklimarat IPCC bereits praktiziert wird. Die Rolle des IPCC in dem Zusammentragen und Aufbereiten von Informationen muss daher gestärkt werden.

Die internationale Zusammenarbeit für Großprojekte im Bereich der Energieforschung muss erhöht werden. Technologische Innovationen müssen auch für ärmere Länder verfügbar und bezahlbar sein; internationale Patentabkommen müssen diesem Punkt besonders Rechnung tragen. Reichere Industrieländer wie die USA und die Staaten der EU müssen Rahmenbedingungen für einen Technologietransfer in Entwicklungs- und Schwellenländer schaffen. Im Bereich der Energieerzeugung ist ebenfalls eine vermehrte Kooperation notwendig, weil das Potenzial der Energiegewinnung durch erneuerbare Energien regional sehr ungleich verteilt ist. Langfristige Lieferverträge müssen durch starke internationale Gerichte geschützt werden.

All diese Formen der Kooperationen können unter dem Dach der UN erfolgen. Dabei sollten auch Akteure aus der Zivilgesellschaft und Wirtschaft verstärkt eingebunden werden.

Waldabkommen

In Bäumen, Pflanzen und Waldböden ist ein sehr großer Anteil des Kohlenstoffs der Erde gebunden. Fast 20% der Treibhausgasemissionen stammen derzeit aus der Verbrennung und Rodung von Wäldern. Die Waldfläche darf sich daher nicht verringern, sondern muss durch Wiederaufforstungsprogramme erhöht sowie durch eine nachhaltige Nutzung der Wälder als Quelle von Energie und Baumaterial erhalten werden. Außerdem fordern wir einen erhöhten Bodenschutz, um das Kohlenstoff speichernde Humus zu bewahren. Dies ist vor allem durch die Vermeidung von Versiegelungen, eine bodenfreundliche Forstwirtschaft, die sich durch einen an die Wetter- und Bodenbedingungen angepassten Maschineneinsatz auszeichnet, sowie die Erhöhung des Anteils von stabilen Mischwäldern zu erreichen. Weiterhin sind alle Waldgesetze und Waldbaupraktiken der einzelnen Länder auf ihre Effektivität zur Kohlenstoffspeicherung und ihre ökologische Nachhaltigkeit zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen. Dies betrifft auch die Staaten, die bereits nach international anerkannten Nachhaltigkeitskriterien arbeiten.

Der tropische Regenwald, mit seinen indigenen Völkern und einer sehr hohen Artenvielfalt in Flora und Fauna hat eine herausragende Bedeutung für die ganze Welt – und ist daher ein globales öffentliches Gut. Der Schutz dieser Wälder ist besonders wichtig. Unter einigen Teilen des Regenwaldes, zum Beispiel in Ecuador und Peru, lagern Erdöl und Gas. Zudem ist das Holz aus Regenwäldern ein begehrter Rohstoff und landwirtschaftliche Nutzflächen sind in einigen Ländern knapp. Hieraus ergibt sich ein hoher Druck auf die Regenwälder, da einige Regierungen versucht sind, diesen Wald ihren wirtschaftlichen Interessen zu opfern. Um die Urwälder zu schützen, muss die internationale Gemeinschaft die betroffenen Länder finanziell unterstützen. Der monetäre Ausfall aus der Erhaltung der Waldflächen muss dabei verstärkt von den westlichen Industrienationen ausgeglichen werden. Die Ausgleichszahlungen wiederum sollten von den Empfängerländern für soziale und ökologische Projekte oder für die Erzeugung alternativer Energien verwendet werden, so dass eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung ohne Rodung der Waldflächen möglich wird.

4.2 Forderungen an die EU

Die EU hat durch die Bekräftigung des 2 °C-Zieles und die Einführung des Emissionshandels bisher eine Vorreiterrolle in den internationalen Bemühungen zum Klimaschutz gespielt. Wir begrüßen das Ziel, die Emissionen bis 2020 unilateral um 20% beziehungsweise um 30% zu reduzieren, sofern andere Länder ähnlich ambitionierte Ziele verfolgen. Das „Kurzfrist-Ziel“ für das Jahr 2020 muss jedoch dringend um ehrgeizige längerfristige Reduktionsziele für 2030 und 2050 ergänzt werden, welche eine wichtige Signalwirkung für Industrie und Wirtschaft haben.

Emissionshandel

Wir halten den Emissionshandel für ein sinnvolles Instrument zur Reduzierung der Emissionen durch die Verbrennung fossiler Energie. Allerdings besteht beim europäischen Emissionshandel noch dringender Verbesserungsbedarf. Die Zertifikate müssen grundsätzlich versteigert werden, weil deren Knappheitsrente der ganzen Gesellschaft und nicht einzelnen Unternehmen gehört. Das Problem der Standortnachteile für energieintensive Industrien trifft nur in den wenigsten Fällen zu – und kann in klar definierten und begrenzten Ausnahmefällen besser durch moderate Umweltabgaben auf Importe emissionsintensiver Güter aus Ländern ohne vergleichbare Klimaschutzmaßnahmen gelöst werden. Die Erlöse aus dem Zertifikateverkauf sollten vorrangig zu zwei Zwecken eingesetzt werden: Erstens um neue Energietechnologien zu entwickeln und damit den Energiepreis langfristig zu senken. Zweitens um einkommensschwache Gruppen zu entlasten beziehungsweise zu fördern, weil diese durch die hohen Energiepreise überproportional belastet werden. Konkret könnte das Geld zum Beispiel in eine bessere Schulbildung investiert werden, welche Armut und Chancenungleichheit langfristig verringert.

Der Emissionshandel muss auf die Verbrennung fossiler Energieträger in allen Sektoren ausgeweitet werden. Der Energieverbrauch für Gebäudewärme und Verkehr muss einbezogen werden, indem Zertifikate durch die Anbieter fossiler Energieträger (Tankstellen, Stadtwerke) gemäß der durch die spätere Verbrennung entstehenden Emissionsmenge erworben werden müssen. Alle Sektoren, in denen in industriellen Prozessen Treibhausgase (CO₂, Methan, Stickoxide) freigesetzt werden, müssen einbezogen werden. Die EU soll an ihrem Vorhaben festhalten, den internationalen und intereuropäischen Flugverkehr in den Emissionshandel einzubeziehen, sofern nicht eine internationale Lösung mit ähnlich ambitionierten Vermeidungszielen gefunden wird.

Technologieförderung

Die EU soll verstärkt Großprojekte in der Grundlagen- und Energieforschung initiieren und finanzieren. Dies stärkt den Technologiestandort Europa und verringert langfristig die Vermeidungskosten. Gerade der letzte Punkt ist wichtig, um auch Schwellen- und Entwicklungsländern Optionen aufzuzeigen, wie Klimaschutz erreicht werden kann ohne auf notwendiges wirtschaftliches Wachstum verzichten zu müssen. Vor allem im Bereich der Stromerzeugung (Solar, Geothermie, Offshore-Wind), der Energiespeicherung und der Elektromobilität müssen in den nächsten Jahren enorme technologische Fortschritte erzielt werden, die kaum durch den aktuellen Emissionspreis und die bestehende Unsicherheit über dessen langfristige Entwicklung induziert werden können.

Kooperationen bezüglich der Infrastruktur

Die Staaten der EU müssen bezüglich des Ausbaus ihrer Strom- und Schienennetze enger kooperieren und den langfristig notwendigen Strukturwandel im Energie-, Strom- und Verkehrssektor bei Planung und Ausbau der Infrastruktur berücksichtigen. Dies ist wichtig, um frühzeitig die richtigen Weichen für eine flexible und diversifizierte Energieversorgung zu stellen, die nicht mehr nur aus wenigen zentralen Großkraftwerken besteht. Die Kleinstaaterie bezüglich der Genehmigungsverfahren für Stromleitungen verzögert und verteuert dringend notwendige Projekte; eine europäische Agentur könnte diese Aufgabe effizienter erfüllen. Die Privatisierung der Strom- und Bahnnetze erachten wir als besonders problematisch, weil Infrastruktur als natürliches Monopol privatwirtschaftlich ineffizient verwaltet wird. Es ist äußerst

fraglich, ob meist auf kurzfristigen Gewinn ausgerichtete Aktiengesellschaften sinnvoll durch nationale oder europäische Wettbewerbsagenturen reguliert werden können.

Die Behörden und Institutionen der EU müssen auch im Sinne eines verantwortungsbewussten Umgangs mit Steuergeldern emissionsarme Dienstwagen oder Angebote des ÖPNV nutzen und bei Bau und Renovierung von Gebäuden die zukünftig anfallenden und erwartungsgemäß steigenden Energiekosten berücksichtigen.

Verbraucher- und Informationspolitik

Viele Konsumenten berücksichtigen beim Kauf von Fahrzeugen und elektrischen Geräten sowie beim Hausbau oder der Wohnungsmiete nicht die langfristigen Energiekosten – sie müssen daher transparent darüber informiert werden. Verkäufer, Architekten und Vermieter sollen verpflichtet werden, einen durchschnittlichen Energieverbrauch beziehungsweise die erwarteten Energiekosten transparent anzugeben. Die Berechnungsgrundlagen hierfür soll von einer europäischen Behörde oder den nationalen Verbraucherschutzministerien definiert und regelmäßig aktualisiert werden. Nur wenn diese Informationen für die Konsumenten sichtbar neben dem eigentlichen Verkaufspreis beziehungsweise der Miete stehen, können diese eine qualifizierte Kaufentscheidung treffen.

Die bisherige Klassifizierung der Energie-Effizienz elektrischer Geräte ist daher durch die Angabe der durchschnittlichen jährlichen Energiekosten zu ergänzen. Ein Energiepass für Mietwohnungen muss ebenfalls europaweit eingeführt werden.

4.3 Forderungen an die Bundesregierung

Klimapolitik beginnt auf nationaler und lokaler Ebene. In vielen Bereichen haben wir trotz der Anstrengungen der letzten Jahre noch erheblichen Verbesserungsbedarf. Im Folgenden unterbreiten wir konkrete Vorschläge, deren Umsetzung in Deutschland wir baldmöglichst fordern.

Einsparmöglichkeiten nutzen

Ein wichtiger Schritt ist es, vorhandene Einsparmöglichkeiten beim Energieverbrauch wahrzunehmen. In dieser Hinsicht wurden bereits einige gute Schritte unternommen. Wir begrüßen ausdrücklich das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm für Altbauten und unterstützen dessen Weiterführung. Wichtig ist es dabei, alle relevanten Treibhausgase gemäß ihrer Klimawirksamkeit in das Sanierungsprogramm einzubeziehen. Dieses Gesetz stellt aber auch den Anspruch an die Bundesregierung sowie die Länder- und Kommunalregierungen, alle öffentlichen Gebäude energieeffizient zu nutzen und notfalls umzurüsten. Bei einer eventuellen Umrüstung ist jedoch stets der Energieverbrauch der Maßnahmen zu berücksichtigen. Überdies begrüßen wir den Energiepass für Immobilien und fordern eine Grenze der zulässigen Werte bei Alt- und Neubauten sowie Sanktionierungsmaßnahmen bei deren Nichteinhaltung. Anstelle einer weiteren „Abwrackprämie“ fordern wir eine Anschub-Subventionierung von umweltfreundlichen Elektrofahrzeugen, bis deren derzeit vorhandene Preisnachteile ausgeglichen sind und das Produkt ohne Subventionierung marktfähig ist. Wie beim Erneuerbare-Energien-Gesetz ist eine stufenweise Absenkung der Subventionierung über einen Zeitraum von wenigen Jahren denkbar. Die Politik wird von uns außerdem dazu aufgefordert, ihre Fuhrparks auf klimafreundliche Fahrzeuge umzustellen. Die Maßnahmen der Stuttgarter Stadtverwaltung können hierbei als Vorbild für viele andere Städte gelten.

Bessere Informationen

Eine Sensibilisierung der Bevölkerung für Umweltfragen muss bereits im Kindesalter anfangen. Kindergärten und Schulen tragen hierbei eine große Verantwortung. Aber auch an Universitäten und anderen Einrichtungen der Erwachsenenbildung muss das Thema Umwelt stets präsent sein. Außerdem muss sichergestellt werden, dass Informationsmaterial über ein nachhaltiges Energiewirtschaften und einen

verantwortungsvollen Umgang mit der Natur für alle Bundesbürger stets in ausreichender Menge und in verständlicher Sprache zur Verfügung steht (zum Beispiel über die Bundeszentrale für politische Bildung).

Falls die Europäische Union die geforderten notwendigen Maßnahmen zur Verbraucher- und Informationspolitik nicht umsetzt, muss die Bundesregierung dies auf nationaler Ebene tun. Zusätzlich sollten finanzielle Anreize für den Kauf eines energiesparsamen Produkts bei gleichzeitiger Entsorgung eines energieintensiven Altgeräts gesetzt werden. Über eine Ausweitung dieses Konzepts zu einem „Klimapass“ für Konsumprodukte sollte nachgedacht werden.

ÖPNV – Personentransport der Zukunft

Eines der zentralen Probleme der Zukunft wird es sein, bei sinkender weltweiter Ölproduktion und steigender Nachfrage nach Benzin weiterhin die Mobilität der Menschen in Deutschland zu garantieren. Die einzige praktikable Lösung hierfür ist der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs. Dabei ist es wichtig, sowohl in den urbanen Zentren als auch in den ländlichen Gebieten auf eine ausreichende Dichte des Netzes zu günstigen Preisen zu achten. Es ist zu bezweifeln, ob die gute Anbindung ländlicher Gegenden bei einer Privatisierung der Bahn zu erreichen ist. Dieses Ziel kann nur durch den Zuschuss öffentlicher Mittel sichergestellt werden. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung zwischen Bund und Deutscher Bahn. Die bestehenden Missstände bei der Personenbewegung auf der Schiene müssen hingegen schnellstmöglich beseitigt werden, damit die Alternative Bahn gegenüber dem Auto attraktiver wird. Gleichzeitig sollte die systematische Schlechterstellung von Fernbuslinien gegenüber der Bahn überdacht werden. Ebenso ist eine verbesserte Abstimmung von privaten Anbietern mit dem ÖPNV wünschenswert. Die Bürger müssen durch attraktive Angebote schon in naher Zukunft dazu veranlasst werden, vorhandene Hemmschwellen gegenüber Bussen und Bahnen abzubauen. Semester-, Senioren- und Jobtickets zu günstigen Preisen sind hierfür ein passendes Mittel. Innovative Vernetzungen der Verkehrsträger, wie etwa Car-Sharing Angebote oder Mietfahrräder an Bahnhöfen, sollten stärker gefördert und ausgebaut werden. Angesprochen sind in diesem Zusammenhang aber auch die Städteplaner, die durch eine intelligente Raum-, Stadt- und Verkehrsplanung dafür Sorge tragen müssen, dass Alternativen zum Automobilverkehr überhaupt bestehen können. Langfristig muss dieser in den Städten reduziert werden. Dadurch verringert sich zudem die Lärm- und Feinstaubbelastung, die Lebens- und Wohnqualität in den Städten erhöht sich entsprechend. Im privaten Fernverkehr kann ein generelles Tempolimit auf deutschen Autobahnen zur Senkung des Benzinverbrauchs beitragen und den Ausstoß von klimaschädlichen Gasen senken. Auch wenn viele Abschnitte bereits geschwindigkeitsbeschränkt sind, fördert die Existenz von „Rennstrecken“ den Bau PS-starker Autos, womit in der Regel ein hoher Verbrauch einhergeht. Die Selbstverpflichtung der deutschen Automobilindustrie zur Produktion von emissionsärmeren Produkten (140g CO₂/km) scheint missglückt. Sollte sich daran nicht schnell etwas ändern, muss eine bundesweite Obergrenze für Emission von Neuwagen eingeführt werden.

Güterverkehr: Von der Straße auf die Schiene

Ein großer Teil der Lärmbelastung und der Emissionen des Straßenverkehrs geht vom Güterverkehr aus. Es muss weiterhin das Ziel verfolgt werden, möglichst viel Schwerlastverkehr von der Straße auf die Schiene und die Wasserwege zu verlagern. Dazu müssen die verschiedenen Verkehrsträger intelligent vernetzt und die Übergänge zwischen ihnen erleichtert werden.

Festhalten am Atomausstieg

Wie stets von allen politischen Seiten betont wird, handelt es sich bei der Kernenergie um eine Brückentechnologie. Wir haben im Abschnitt 3 bereits ausgeführt, warum wir die Atomenergie prinzipiell ablehnen und unterstützen deshalb nachdrücklich den Atomkonsens, den die Bundesregierung im Jahr 2000 mit den Betreibergesellschaften getroffen hat und halten den bis zum Jahr 2021 geplanten endgültigen Atomausstieg für machbar und sinnvoll. Um die Risiken eines Unfalls und die Kosten der Zwischenbeziehungsweise Endlagerung des Atommülls gerecht in den Preis für Atomstrom einzurechnen und eine

implizite unverhältnismäßige Subventionierung dieser Art der Energieerzeugung zu beenden, fordern wir eine sofortige Atomstromsteuer. Somit wäre auch sicher gestellt, dass die breite Öffentlichkeit besser über die versteckten Kosten des Atomstroms informiert wird.

Kohleenergie hat keine Zukunft

Der Bau neuer Kohlekraftwerke ist in Anbetracht der schlechten CO₂-Bilanzen dieses Kraftwerktyps abzulehnen. Vielmehr sollte die Modernisierung bestehender Kraftwerke forciert und von staatlicher Seite gefördert werden. Dies betrifft vor allem die Kraftwärmekopplung sowie die Möglichkeiten, durch moderne Technologien den Ausstoß an CO₂ zu verringern beziehungsweise die Effizienz der Energieerzeugung zu verbessern. Mittelfristig muss, sobald die Versorgungssicherheit durch andere Formen der Stromerzeugung sichergestellt ist, eine Abschaltung aller deutschen Kohlekraftwerke angestrebt werden. Die Ausweitung des Braunkohletagebaus mit seinem massiven Flächenverbrauch muss gestoppt werden. Der Ausstieg aus der Kohlekraft muss so sozial verträglich wie möglich gestaltet werden. Bereits frühzeitig soll den Arbeitnehmern deshalb beispielsweise Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen angeboten werden. Der Erfahrungsreichtum des Personals kann teilweise bei den erneuerbaren Energien genutzt werden. Auch die Subventionen der Kohleenergie sollen schrittweise gesenkt werden.

Erneuerbare Energien

Wir rufen die Entscheidungsträger in diesem Lande auf, an der Subventionierung innovativer erneuerbarer Energien festzuhalten und deren Förderung auch für die Zukunft sicher zu stellen. Wir verlangen, dass alles politisch Mögliche dafür getan wird, dass im Jahr 2020 mindestens 20% des Stromverbrauchs aus erneuerbaren Energien gedeckt wird und im Jahr 2040 sogar mindestens 50%. Staatliche Ausgaben dürfen in diesem Bereich nicht gescheut werden, denn nur so wird das Energieproblem nachhaltig gelöst, ohne durch den übermäßigen Ausstoß von Treibhausgasen das Klima zu belasten oder die Gefahren und Probleme von Atomkraftwerken in Kauf zu nehmen. Der Staat muss außerdem zum Beispiel durch die Unterstützung von Forschungsprojekten und Subventionierung dafür Sorge tragen, dass das Problem der Energiespeicherung, das sich bei erneuerbaren Energien verstärkt stellt, zeitnah gelöst wird.

4.4 Der Beitrag der Kirchen

Die christlichen Kirchen verstehen sich in der Nachfolge Jesu. Im Zentrum des Lebensweges und der Verkündigung Jesu steht die Reich-Gottes-Hoffnung und -Praxis. Die Kirchen, die sich auf Jesus Christus und seine Heilsbotschaft berufen, sind damit unweigerlich an seine Hoffnung und Praxis verwiesen. Ihr Auftrag ist es, eine Gemeinschaft von Menschen zu bilden, die auf die eine oder andere Weise mithelfen, das Reich Gottes zu realisieren – das letztgültig ein Geschenk bleibt. Jesu Hoffnung und Praxis bilden den Maßstab, nach dem die Anstrengungen der Kirchen auszurichten sind und beurteilt werden. Das Reich Gottes – so glauben Christen – ist mit Jesus Christus auf der Erde angebrochen, die *„unser gemeinsames Haus und der Ort [ist], an dem Gott seinen Bund mit den Menschen und mit der ganzen Schöpfung geschlossen hat“* (Aparecida 125). Die Bewahrung der Schöpfung gehört darum ausdrücklich zum Dienst der Kirchen und aller Menschen guten Willens.

„Eine Kirche, die nicht dient, dient zu nichts“ (Jacques Gaillot). Kurz vor seiner Ermordung 1945 hatte Alfred Delp der Kirche ins Stammbuch geschrieben: *„Es wird kein Mensch an die Botschaft vom Heil und vom Heiland glauben, solange wir uns nicht blutig geschunden haben im Dienst der physisch, psychisch, sozial, wirtschaftlich, sittlich oder sonstwie kranken Menschen“* – und man möchte, den aktuellen Entwicklungen Rechnung tragend, hinzufügen: im Kampf für einen neuen Bund zwischen der Erde und den Menschen, der sich in einer geschwisterlichen Haltung ihr gegenüber widerspiegelt und in einem neuen Paradigma einer nachhaltigen Entwicklung, das die unterschiedlichen Ökosysteme respektiert und gute Lebensbedingungen für die künftigen Generationen sichert, seinen adäquaten Ausdruck findet.

Bereits in den 1970er Jahren wurde von den Kirchen auf globaler Ebene für eine nachhaltige Gesellschaft geworben. Hier gilt es heute, diesen zeitweise vernachlässigten Strang wieder aufzunehmen und als Leitbild sowohl in der Organisation der Kirche als auch im Glaubensleben des Einzelnen zu stärken. Kirche muss sich ihrer Verantwortung in Politik und Gesellschaft bewusst sein und kann gerade durch ihr Modell eines Wertewandels, eines gelungenen Lebens mit verantwortetem Konsum und einer Zivilisation geteilter Genügsamkeit Wegbereiter für ein Umdenken in der Gesellschaft werden.

Angesichts des Klimawandels zeichnet die europäischen Kirchen jedoch gegenwärtig oft eine erschreckende Lethargie aus. Ihre Ansätze und Initiativen, dem Klimawandel entgegenzuwirken, scheinen zu zaghaft und entbehren oft prophetischer, öffentlichkeitswirksamer Gesten. Die Kirchen stehen vor der Aufgabe – und dabei geht es um ihre eigene Identität und Glaubwürdigkeit – der universalen Heilsbotschaft im Rahmen der Realisierung des Reiches Gottes Gehör zu verschaffen. Andernfalls verfehlen sie ihren originären Auftrag. Das bedeutet unseres Erachtens zweierlei:

a) Veränderung der eigenen Praxis:

Die Kirche gewinnt Authentizität und Kompetenz, Problemlösungsvorschläge einzubringen, nur über die eigene, gelingende alternative Praxis als umweltbewusste wirtschaftliche Akteurin. Ihre Pflicht ist, den eigenen normativen Vorgaben zu entsprechen. Ziel der Kirche muss es daher sein, alle ihre haushaltspolitischen und Investitionsprojekte auf Klimafreundlichkeit hin zu überprüfen. Das heißt konkret, die Energieversorgung aller kirchlicher Einrichtungen durch Verträge mit Stromanbietern zu sichern, die eine ökologische, dezentrale und bürgereigene Energieversorgung gewährleisten, die kirchlichen Geldanlagen ausschließlich im Rahmen eines ökologischen und sozial verantwortlichen Investments zu gestalten, für die Flugreisen der Bischofskonferenz CO₂-Zertifikate zu erwerben und vieles mehr.

In einer Zeit, die übervoll an Verlautbarungen und zweifellos wichtigen Dokumenten – wie der Text der deutschen Bischofskonferenz „Der Klimawandel: Brennpunkt globaler, intergenerationeller und ökologischer Gerechtigkeit“ (2006) – ist, bedarf es konkreterer, stärkerer Botschaften, die es schaffen, die Medien zu mobilisieren und die Aufmerksamkeit einer ganzen Gesellschaft zu wecken. Die kirchliche Hierarchie besteht aus Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die in besonderer Weise herausgefordert sind, ihre Bekanntheit und ihren Namen in die Waagschale zu werfen und zu nutzen. Diese Persönlichkeiten müssen unseres Erachtens eine klarere Haltung einnehmen und keine widersprüchlichen Orientierungen geben. Das bedeutet, leidenschaftlich und mutig Zeugnis zu geben und keine Konflikte zu scheuen. Wenn die Kirche mit ihrer Haltung zu Klimagerechtigkeit und ökologischer Verantwortung unter den Mächtigen Ärgernis erregt, kann sie dies als Anzeichen wahrnehmen, auf dem richtigen Weg zu sein. Statt auf beispielhafte prophetische Bischöfe wie Dom Luiz Flávio Cappio zu verweisen, wünschen wir uns angesichts des überwiegend von den reichen Ländern verursachten Klimawandels deutlich sichtbare prophetische Gesten seitens deutscher und europäischer Bischöfe. Den diözesanen Fuhrpark abzuwracken und durch klimafreundlichere Kleinwagen zu ersetzen – soweit noch nicht geschehen –, wäre hier ein erster Schritt.

b) Einwirkung auf politische Entscheidungsfindungsprozesse:

Der *global player* Kirche als weltweit vernetzte Organisation mit einer hierarchischen Leitungs- und Kommunikationsstruktur, einem diplomatischen Apparat, aber auch dezentralisierten basisgemeindlichen Strukturen sowie Publikationsorganen kann auf Regierungen, internationale Gremien und transnationale Konzerne einen erheblich sozialen Druck ausüben. Dieser kann helfen, klimaschädliche Programme einzustellen und bestimmte Forderungen hinsichtlich der Nachhaltigkeit und des Umweltschutzes umzusetzen. In diesem Sinn kann sich die Kirche als transnationales *Advocacy*-Netzwerk verstehen und in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen der klimafeindlichen Globalisierung eine klimafreundliche Globalisierung “von unten“ entgegensetzen, die weltweite Solidarität übt und gemeinsam nach alternativen Lebensformen sucht. Ihr hintergrundkultureller, zivilgesellschaftlicher sozialer Druck kann wichtige Vorhaben im Zuge des 2 °C-Zieles befördern und politische Mehrheitsverhältnisse schaffen helfen.

Die Kirche weist ein weit verzweigtes Netzwerk von Gemeinschaften auf, deren zivilgesellschaftliches, mobilisierungs- und aktionsfähiges Potenzial es zu nutzen gilt. Die Kirche birgt ein Netzwerk von Gemeinschaften, das geprägt ist durch eine ein enormes Motivations- und Handlungspotenzial freisetzende Tiefe, mit der sich Menschen auf gelebte Tradition einlassen. Hier liegt eine Tiefenstruktur vor, in der Menschen motiviert werden, sich auf eine Gesellschaft einzulassen, die sich für die klimagerechte Zukunft und eine klimapolitische Wende einsetzt.

Die christlichen Kirchen vertreten einen signifikanten Teil der Weltbevölkerung. Wenn es ihnen gelänge, eine Weltsicht der Verantwortung und Solidarität für die Mitwelt global zu vermitteln, die nachhaltiges Handeln, Ressourcenschonung und Konsum in Maßen propagiert und notwendige politische Maßnahmen umzusetzen hilft, ließen sich viele Herausforderungen lösen.

4.5 Was jeder Einzelne tun kann

Um das 2 °C-Ziel erreichen zu können, sind starke politische Rahmenbedingungen notwendig, innerhalb derer sich Menschen und Unternehmen für den Konsum bestimmter Produkte und die damit verbundenen Emissionen entscheiden können. Durch einen hohen Preis auf Emissionen wird das einzelne Individuum bei seiner Kaufentscheidung entlastet. Dennoch hat jeder Einzelne zahlreiche Möglichkeiten durch sein Handeln die Klima- und Umweltbelastung zu reduzieren.

Zunächst ist dafür ein starker politischer Druck auf die Regierenden notwendig – durch Wahlen, Demonstrationen, Petitionen oder das aktive politische und zivilgesellschaftliche Engagement innerhalb einer Partei, NGO oder im Privatleben. Innerhalb eines umfassenden Zertifikatehandelssystems können zwar durch persönliche Konsumententscheidungen keine Emissionen direkt eingespart werden⁴, dennoch besteht die Möglichkeit bei zahlreichen Produkten ökologisch verträglichere Alternativen zu wählen – beispielsweise durch den Kauf ökologisch produzierter Nahrungsmittel und Kleidung oder von Ökostrom, der ohne Atomenergie hergestellt wird und den Ausbau erneuerbarer Energietechnologien beschleunigt. Echte Einsparungen von Emissionen können durch den privaten Kauf von Zertifikaten bewirkt werden, die nicht benutzt werden – der damit erworbene Rechtsanspruch auf Verschmutzung wird also bewusst nicht ausgenutzt.

Alle diese Maßnahmen müssen zudem durch einen gesellschaftlichen Wertewandel begleitet werden, bei dem jeder bei sich selbst anfangen kann: Definiere ich mich über meinen materiellen Wohlstand, Marke und Leistung meines Autos und die Anzahl meiner Fernurlaubsreisen – oder über die Beziehungen zu anderen Menschen? Mache ich mir Gedanken über die Konsequenzen und Tragweite meines Lebensstils für die Menschen, die erst mal ganz weit weg scheinen, in Entwicklungsländern oder der fernen Zukunft? Welchen Stellenwert hat mein persönlicher materieller Wohlstand in Bezug auf die Lebensqualität anderer Menschen und Tiere? Ist mein Lebensstil universalisierbar? Halte ich die Erde mit allen ihren Lebewesen für Eigentum des Menschen, mit dem er machen kann, was er will? Oder sehe ich in der Erde mit ihren Ökosystemen einen zerbrechlichen Planeten, mit dem man besonders sorgfältig umgehen muss? Jeder Einzelne kann durch sein Leben ein Zeugnis für andere Menschen geben, wie ein erfülltes und solidarisches Leben aussehen kann, welches in einer tiefen Verbundenheit vor allem zu den schwachen Mitmenschen und der Natur steht.

Ohne einen starken politischen Druck und eine gesellschaftliche Änderung unserer allzu häufig materiell fixierten Konsum- und Wohlstandsvorstellungen werden auch Regierungen nicht die politisch notwendigen Maßnahmen durchsetzen können.

⁴ Die Gesamtmenge der Emissionen ist ja durch das Zertifikate-Budget politisch festgelegt.

5 Ein globaler Bund in Solidarität und Gerechtigkeit

In diesem Positionspapier haben wir dargelegt, wie wichtig ein entschlossenes Handeln aller Staaten ist – und welche Maßnahmen die Regierungen ergreifen und umsetzen müssen. Am dringendsten und wichtigsten ist, dass die Klima-Konferenz in Kopenhagen ein konkretes und global verpflichtendes Abkommen zur Folge hat, das die Emissionen wirksam reduziert und Verteilungsfragen zugunsten der Ärmsten regelt.

Ein ungebremster Klimawandel stürzt die Welt in eine Krise, die mit Risiken und Konsequenzen in kaum zu überschauenden Größenordnungen einhergeht und die Wahrung der umfassenden Schöpfung sowie die Förderung des Gemeinwohls aufs Äußerste gefährdet. Es darf nicht sein, dass sich die jetzt lebenden Menschen, vor allem in den reichen Industrienationen, zulasten der am wenigsten Begünstigten heutiger Generationen, vor allem in den Entwicklungsländern, und der Wehrlosen zukünftiger Generationen bereichern. Die Chance dieser Krise besteht nun darin, uns der Verantwortung für unsere Erde und all ihre Lebewesen bewusst zu werden und dieser Verantwortung mit allen Mitteln politischer Partizipation gerecht zu werden. Gerade im Angesicht der drohenden Gefahren müssen wir lernen, einen solidarischen Umgang miteinander zu finden, der über die eigene Familie, die eigene Nation, die eigene Generation – ja, auch die eigene biologische Art – hinausgeht. Dieser globale Bund kann der Anfang eines friedlicheren Zusammenlebens aller Wesen dieser Erde sein. Hierbei ist die Eigeninitiative jeder einzelnen Person ebenso gefragt wie die an Nachhaltigkeit ausgerichtete Gestaltung gesellschaftlicher Institutionen. Nur wenn wir die Zeichen der Zeit erkennen und aus diesen lernen, können wir unserer Verantwortung gegenüber unserer Umwelt, den Mitmenschen und den nachfolgenden Generationen gerecht werden.

<http://www.cusanus.net/initiativen/ini-2grad/>

Ansprechpartner:

Christian Weiß
Am Kloostergarten 43
53121 Bonn
Handy: 0151/11665266
E-Mail: christian.f.weiss@web.de

Pascal Pulsfuß
Papst-Victor-Straße 35
85072 Eichstätt
Telefon: 08421/900466
E-Mail: scalpa@gmx.de